

Zeitschrift: Profil : sozialdemokratische Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 48 (1969)
Heft: 5

Artikel: Deutsches Wahljahr
Autor: Reventlow, Rolf
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-338112>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 31.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Deutsches Wahljahr

Es ist kein Geheimnis, dass die Beteiligung an der Regierungskoalition unter dem Bundeskanzler Kiesinger in der Sozialdemokratischen Partei – und mehr noch unter den SPD-Wählern – zu Beginn mit geringer Begeisterung aufgenommen wurde. In der Bundespolitik war die SPD seit der Gründung der Bundesrepublik die Oppositionspartei gewesen, was, zur Gewohnheit geworden, die Mentalität von Führung und Parteivolk geprägt hatte. Allerdings, in der Führung war man seit Jahren darauf eingestellt, aus dieser negativen Wirksamkeit auf der politischen Bühne Bonns herauszukommen und Verantwortungen zu übernehmen. Die alte Formel, es müsse eigentlich im Deutschen Bundestag, wie in Grossbritannien, eine Regierungs- und eine Oppositionspartei geben, die sich, je nach Lage und Wahlglück, in der Verantwortung ablösen, wirkte allerdings weiter. Sie fand nun in der Forderung nach einer Revision des Wahlrechts ihren Niederschlag, die sogar in der Regierungserklärung des Kabinetts Kiesinger-Brandt als programmatisches Ziel der Regierung erschien. Tatsächlich waren in den beiden grossen Parteien CDU/CSU und SPD jedoch die Meinungen zu dieser Frage geteilt. Die Christdemokraten haben es der SPD dann angekreidet, dass die Zustimmung der Führung zur Wahlrechtsreform von dem vorjährigen Parteitag nicht honoriert wurde und der Parteivorstand als Kompromiss eine Vertagung erzielte, die das Thema zwar nicht endgültig von der Erörterung absetzte, doch immerhin für die Wahl 1969 endgültig ausschaltete. Im gleichen Sinne beschloss nunmehr der ausserordentliche Parteitag im April 1969, die Wahlrechtsfrage nicht vor dem Kongress nach der Wahl zu erörtern. Die Lage ist jedoch nicht mehr die gleiche. Seit die FDP (Freie Demokratische Partei) in der Nationalversammlung¹ bei der Wahl des neuen Bundespräsidenten Heinemann sich für den sozialdemokratischen Kandidaten entschied, ist die Zahl derer, die in einer die Bildung zweier grosser Parteien fördernden Wahlordnung den Stein der demokratischen Weisen entdeckt zu haben glaubten, auch in der Führung der SPD stark zurückgegangen. Zudem hatten mittlerweile vielerlei Berechnungen Zweifel daran aufkommen lassen, dass die angebliche «mehrheitsbildende» Wirkung eines Wahlrechts nach britischem Muster tatsächlich erzielt würde, und es möglich sei, im Falle einer solchen Lösung eine alle Teile befriedigende Einteilung der Wahlkreise zu erzielen. Es wird mithin nach dem alten Wahlrecht gewählt, das so alt noch

¹ Die Nationalversammlung zur Wahl des Präsidenten besteht aus den Abgeordneten des Bundestages und einer gleich grossen Zahl von Wahlmännern, die von den Länderparlamenten benannt werden.

gar nicht ist und viele Vorzüge hat. Auch derzeit gibt es den Einerwahlkreis, in dem ein Kandidat gewählt werden kann. Die zweite Stimme gibt der Wähler dann für die Landesliste der von ihm bevorzugten Partei ab, auf der die Erststimmen für die direkt gewählten Kandidaten abgerechnet werden. Im Ergebnis ist es mithin eine Verhältniswahl, eingeschränkt durch die Bestimmung, dass jede Partei mindestens fünf Prozent der Stimmen oder mindestens ein Direktmandat erreichen muss.

Damit ist nicht nur die FDP, sondern sind auch die neuen Parteien der NPD (Nationaldemokraten) und der DKP (Deutsche Kommunistische Partei) ernsthaft in das Wahlspiel einbezogen. Lang, überlang wurde an verantwortlicher Stelle im Innenministerium überlegt, ob die Regierung beim Bundesverfassungsgericht einen Verbotsantrag gegen die beiden neuen Gruppen von Links- und Rechtsaußen stellen sollte. Über die Erfolgsausichten solcher Anträge lagen sich widersprechende Gutachten vor. Eine Ablehnung durch das Bundesverfassungsgericht hätte zweifelsfrei der betreffenden Partei genützt. Das war mit ein entscheidender Grund, ein solches Risiko nicht einzugehen. Obwohl auf Gewerkschaftskongressen mehrmals die – mehr emotional als überlegungsmässig begründete – Forderung nach einem Verbot zumindest der NPD erklang, hat sich der bekannteste Wahlhelfer der Sozialdemokraten, der Schriftsteller Günter Grass, schon im Vorjahr kategorisch gegen jegliches Parteiverbot ausgesprochen und erklärt, Verbotserlasse helfen den Demokraten nicht, wenn es nicht gelinge, das gefährliche Doppelspiel der extremen Flügel in der deutschen Politik im offenen politischen Kampf – mit Argument und Gegenargument – zu behindern. Kein Zweifel, auch ein Verbot hätte weder die Kommunisten noch die Nationaldemokraten zum Verschwinden gebracht. Man kann sich eine Situation vorstellen, in der die – derzeit übervorsichtige – NPD die Grenzen des Meinungskampfes überschreitet und die demokratische Ordnung ernstlich durch Gewaltaktionen stören würde. Dann wäre die Lage anders. Doch heute kann niemand ernsthaft behaupten, die NPD käme etwa der Nazipartei in ihrer paramilitärischen Periode vor der Macht-ergreifung gleich, und das schon gar nicht hinsichtlich ihrer Erfolgsausichten. Es gibt jene Gruppe der Protestwähler, denen es gleich ist, unter welcher Fahne sie ihre ewige Unzufriedenheit zum Ausdruck bringen. Aus diesen Reihen fliessen den Nationaldemokraten, über den Kreis nationalistisch gestimmter und ewig-gestriger Wahlbürger hinaus, Stimmen zu. Sie werden jedoch die Bundesrepublik nicht erschüttern können. Zu diesen wahltechnischen Überlegungen kommt allerdings bei der NPD für alle Demokraten die Pflicht, sich mit den nationalistischen Strömungen inner- und ausserhalb der NPD auseinanderzusetzen. Ob solche Auseinandersetzungen allerdings, wie Grass meint, auf dem Boden der rationalen Überlegungen und der besseren Argumente geführt werden können, das ist zweifelhaft. Als geistig-politische Erben der nationalistischen Mystik, die dem Dritten Reich Pate gestanden hat, entzieht sich die nationaldemokratische Bewe-

gung und ihre Propaganda dem rationalen Argument, obwohl sie sich in der Sprache unserer Tage auszudrücken pflegt und wegen der Verbotsgefahr alle ihre Redner scharf unter Kontrolle hält.

Es gibt in der Bundesrepublik jedoch nicht nur eine nationale Mystik. In dem weiten, aber nicht unbedingt zahlenmässig bedeutsamen Kreis der rebellierenden Jugend, die viel von sich reden macht, ist Logik und vernunftgemässe Argumentation durchaus nicht die Richtschnur des Denkens und Handelns. Grass, der bekanntlich diesmal als Sozialdemokrat ins Feld zieht und mit Freunden eine eigene Wahlwerbung für den intellektuellen Gebrauch betreibt, sagte hierzu an die Adresse des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes, es werde gemeingefährlich, wenn Komplexe, die in diesem Kreis vorhanden sind, in der Öffentlichkeit ausgetragen und als Politik verstanden würden, denn dann werde das Irrationale gemeingefährlich. Daher müsse man den Wissenschaftler Karl Marx vor dem Missbrauch durch den SDS in Schutz nehmen. Das ist keineswegs nur ein deutsches Problem. Doch es wird in diesem Wahlkampf in einer noch nicht restlos voraussehbaren, vermutlich gewalttätigen Form seinen Ausdruck finden. Zwischen dieser Irrationalität, die sich linksradikal versteht, oftmals aber auch in spiessbürgerlichen Formen versandet, und der parteigebundenen politischen Auseinandersetzung um die Zukunft der deutschen Politik gibt es viele Nuancen. Bei den Sozialdemokraten überwiegt die Tendenz, darzutun: Wir haben gute Arbeit geleistet. Das bezieht sich auf die sozialdemokratischen Minister für Verkehr, Wohnungsfragen, Justiz, Gesundheit und Wirtschaft und natürlich auch auf den Aussenminister Willy Brandt. Die Aufnahme dieser Sachpropaganda im Wahlkampf hängt natürlich von der Bereitschaft des Wählers ab, diese Fragen im einzelnen zu erfassen, zu werten und zu honorieren. Daneben gibt es das schwer zu beurteilende Element der Sympathie für den einen oder anderen im Blickfeld des öffentlichen Interesses stehenden Politiker. Unter den Sozialdemokraten steht zweifelsfrei der Wirtschaftsminister Karl Schiller im Vordergrund, der mit seiner Wortgewandtheit – und originalen Wortschöpfungen – auf Parteitagen, im Fernsehen und bei den zahlreichen Begegnungen, die sein Ressort bedingt – als ausgesprochen moderner Erfolgsmann wirkt, ein Eindruck, der sich durch die nach der Rezession einsetzende Hochkonjunktur verstärkt hat. Obwohl ihn in der SPD niemand für einen Mann hält, der die gegebene Wirtschaftsordnung zu ändern gewillt sei, wurde er nun doch zur Zielscheibe der politischen Gegner im christdemokratischen Lager, die ihm nachsagen, seine Globalsteuerung durch Keynesche Massnahmen in der Krise und «konzertierter» Aktion mit Bundesbank, Unternehmern und Gewerkschaften führe zur «kalten Sozialisierung». Viel Aussicht auf Erfolg im Wahlkampf dürften diesen Attacken kaum beschieden sein. Karl Schiller beherrscht sein Fach souverän. Im ausserparlamentarischen Bereich der Unternehmer, Bankfachleute und Gewerkschaften hat er keine Gegner. Im Kabinett und im Parlament steht ihm der bayerische

CSU-Vorsitzende Franz Josef Strauss gegenüber, der als Finanzminister sich lange Zeit hindurch in der Rolle des lieben Kollegen gefiel, nun jedoch, mit der ihm eigenen Wendigkeit um sein Image besorgt, zwar keine Frontalstellung zu Schiller bezieht, aber doch sorgsam Grenzlinien markiert. Bei Strauss geht es allerdings um mehr, als etwa in einer kommenden Regierung wieder Finanzminister zu werden. Er fühlt sich zu Höherem berufen, während Schiller sehr einfach kundgetan hat, er würde gerne wieder Wirtschaftsminister.

Mit einer scharfen Kontroverse zwischen Willy Brandt und Franz Joseph Strauss, zu der der scharfmacherische Ton der Strauss-Postille «Bayern-Kurier» beigetragen hat, nahm der bis dahin in moderato geführte Wahlkampf schärfere Formen an. Stärker sind jedoch die tatsächlich nun sichtbar werdenden politischen Streitfragen, an allererster Stelle die Frage der Unterschrift der Bundesrepublik Deutschland zum Atomwaffensperrvertrag. Bundeskanzler Kiesinger, der die Richtlinien der Politik der Regierung zu bestimmen hat, will zwar nicht nein sagen, aber doch diese – schon überfällige Entscheidung – bis nach der Wahl verschieben. Die von Moskau anlässlich der Luftlandeexpedition in der Tschechoslowakei verkündete These, die UNO-Charta gebe ihr mit den – längst überholten – Feindstaat-Klauseln ein Interventionsrecht in Westdeutschland, gibt Kiesinger einen guten Vorwand, die Entscheidung zu verschieben. Er ist vermutlich gar nicht so gegen die Unterzeichnung, wird aber zu dieser Haltung von jenen Kreisen der beiden christdemokratischen Parteien gezwungen, die vom technischen Problem und friedlicher Atomnutzung reden, tatsächlich aber alle Türen der Bewaffnung offenhalten wollen. Ob hieraus eine Wahlkampfparole entsteht, erscheint noch fraglich. Doch, wie immer dem sei, die beiden grossen politischen Gruppen² unterscheiden sich bereits vor den grossen Sommerferien so deutlich voneinander, dass der Wahlkampf in seiner Endphase sich von dem im Jahre 1966 unmissverständlich unterscheidet. Vor vier Jahren ging es der SPD darum, sich von der CDU/CSU möglichst wenig zu unterscheiden, mit Blick auf kommende Zeiten für koalitionsfähig angesehen zu werden. Seither ist sie als Regierungspartei sehr viel selbstbewusster geworden, sind die grundlegenden Unterschiede zu dem Koalitionspartner zwangsläufig stärker hervorgetreten. Welche Aussichten das ergibt, das ist selbst für geübte Politpsychologen keine vorab lösbare Aufgabe. Da nun auch neue Gruppierungen mit auf den Plan treten, wird es auch den Meinungsforschungsinstituten schwer werden, den repräsentativen Durchschnitt des Wahlbürgers zusammenzustellen, der bisher – in der Bundesrepublik Deutschland, aber nicht im benachbarten Österreich – ermöglichte, sehr präzise Hochrechnungen anzustellen.

² Es muss erinnert werden, dass die Christlich-Soziale Union in Bayern eine eigene Partei ist, die sich lediglich in der Fraktion des Bundestages mit der CDU der ausserbayerischen Länder vereinigt.